

Wasserkraft bald stärkste Stromquelle in Bayern?

Vereinigung der Wasserkraftwerke in Bayern tagte in München – Großes Ausbaupotenzial nutzen

München-Ruhpolding - Anlässlich der Tagung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) erklärte Vorsitzender Anton Zeller aus Ruhpolding in München: »Die Wasserkraft ist mit 15 Milliarden Kilowattstunden Jahreserzeugung in Bayern nach der Kernkraft die stärkste Quelle der Stromerzeugung. Sie schont Rohstoffe und Umwelt gleichermaßen, bringt Steuereinnahmen und ist friedensstiftend, da sie unabhängig macht von den Energielieferungen aus dem Ausland.«

Wie Zeller weiter ausführte, decken derzeit 4500 Wasserkraftwerke in Bayern annähernd den Strombedarf aller Haushalte im Freistaat durch saubere heimische Energie ab. Mittelfristig könnten noch vier Milliarden Kilowattstunden hinzugewonnen werden, was fast einem Kernkraftwerk entspräche. Einer aktuellen Forsa-Umfrage nach würden 88 Pro-

zent der bayerischen Bevölkerung die Wasserkraft befürworten, betonte der Vorsitzende, der sich mit Nachdruck gegen Kernkraftnutzung aussprach und diese als höchst gefährlich und nicht beherrschbar einstufte.

Darüber hinaus plädierte Zeller für eine bessere Planungs- und Investitionssicherheit für die erneuerbaren Energien. Auskömmliche Vergütungssätze seien die wichtigsten Voraussetzungen für die verstärkte Nutzung der Wasserkraft. Die Wasserkraft leiste einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der ehrgeizigen EU-Klimaziele, zur CO₂-Senkung und zur Senkung des Verbrauchs fossiler Energien. Eine besondere Art der Wasserkraftnutzung stellten Pumpspeicherkraftwerke dar, die sich bestens zur Energiespeicherung, insbesondere für Strom aus Photovoltaik und Windkraft, eignen würden.

Eine besondere Rolle für den Erhalt und die verstärkte Nutzung der Wasserkraft spielt Zellers Ansicht nach das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Durch die geplante Novellierung des EEG müsse es durch eine Anhebung der zu niedrigen Einspeisepreise zu einem Wachstums- und Modernisierungsschub kommen - insbesondere auch zu einer Welle von ökologisch ausgestalteten Anlagen, welche die vom Naturschutz gewünschte Durchgängigkeit der Gewässer für Fische und Gewässerorganismen berücksichtige. Außerdem sei es erforderlich, die gesetzlichen und administrativen Barrieren gegen die Wasserkraft abzubauen. Dies könne aber nur funktionieren, wenn nicht nur das EEG reformiert werde, sondern auch die überzogenen gesetzlichen Bestimmungen, wie sie in Wasserhaushalts-, Baurechts- und Naturschutzgesetz verankert seien, herunterge-

schraubt und neu justiert würden.

Durch ein übergreifendes Gesetzeswerk - ein sogenanntes Artikelgesetz für die erneuerbaren Energien - könnten diese nötigen Reformen Zellers Meinung nach schnell durchgeführt werden. Wünschenswert wäre, wenn die Wasserkraftwerksbetreiber von den Genehmigungs- und Fachbehörden bei ihren Stellungnahmen zum Neubau und zur Modernisierung von Wasserkraftwerken eine größere Unterstützung bekämen; vor allem sei eine gerechtere Abwägung zwischen sauberer Energieerzeugung und Naturschutz wünschenswert.

Auch der Sprecher für Energie- und Wirtschaftspolitik der CSU im Deutschen Bundestag, Dr. Georg Nüßlein, setzte sich für das EEG als Mittelstandsschutzgesetz ein. Der Einspeisevorrang Erneuerbarer Ener-

gien müsse erhalten bleiben, forderte Nüßlein. Die erheblichen Modernisierungspotenziale seien in Verbindung mit maßvollen ökologischen und technischen Maßnahmen behutsam und ideologiefrei zu erschließen.

Im Rahmen der Tagung informierte Professor Dr. Theodor Strobl vom Forschungsvorhaben der TU München über eine technisch und ökologisch optimierte Nutzung der Wasserkraft. Ein im Fluss gebautes überströmtes Schachtkraftwerk könne die Durchgängigkeit des Fließgewässers weitgehend erhalten und sei sehr gut in das Landschaftsbild zu integrieren, erklärte der Ingenieur. Nach einem erfolgreich verlaufenden Modellversuch in der Versuchsanstalt für Wasserbau in Oberrach soll im Sommer dieses Jahres ein Prototyp die Tauglichkeit des Schachtkraftwerkes für die Praxis nachweisen.